



# Postulat

betreffend **Schaffung von Übergangswohn- und -pflegeplätze für Betagte**

eingereicht von: Beatrix Baltensberger, namens der SP-Fraktion und  
Ursula Bründler, namens der CVP-Fraktion

am: 24. März 2003

Anzahl Mitunterzeichnende: 30

Geschäftsnummer: 2003/030

---

## Text und Begründung

Der Stadtrat wird eingeladen, unter Berücksichtigung der Altersplanung 2010 rasch möglichst geeignete Massnahmen zu ergreifen, damit der Bedarf an Übergangswohn- und -pflegeplätze für Betagte in der Stadt Winterthur abgedeckt werden kann.

### Begründung:

In der Stadt Winterthur herrscht seit geraumer Zeit ein Mangel an temporären Wohnmöglichkeiten für Betagte, was bereits in den Leitgedanken zur Altersplanung 2010 der Stadt Winterthur festgehalten worden ist. Diese Situation ist sowohl für die Betroffenen und deren Angehörige als auch für die vermittelnden Institutionen äusserst unbefriedigend und zieht unnötige Gesundheitskosten nach sich. So müssen für betagte Patienten und Patientinnen z. B. nach einem Spitalaufenthalt, wenn die Rückkehr in den eigenen Haushalt nicht möglich und eine Wohnplanung nötig ist, in der ganzen Ostschweiz mit unzähligen Anfragen und einem übermässig grossen Aufwand provisorische Plätze gesucht werden. Die Besuchsmöglichkeiten von Angehörigen und weiteren Bezugspersonen werden mit diesen auswärtigen Platzierungen massiv eingeschränkt bis verunmöglicht. In der Regel verstreichen viele Monate, bis eine geeignete Wohnmöglichkeit in Winterthur gefunden werden kann. Dabei wird nicht selten nach der ersten sich bietenden Aufenthaltsmöglichkeit gegriffen, wobei individuelle Wünsche, z.B. Stadtkreis, unberücksichtigt bleiben.

Diese Lage verschärft sich zunehmend. So z.B. führte die städtische Beratungsstelle für das Alter per Ende 2000 154 Personen auf der Warteliste für eine Platzierung in eine stationäre Einrichtung, Ende 2002 waren dies schon 191 Personen, wobei für die nächsten Jahre eine weitere Zunahme der über 80-jährigen Bevölkerung prognostiziert wird.

Im Sinne eines würdigen Älterwerdens ist es ein grosses Anliegen aller Betroffenen und ihrer zahlreichen Angehörigen und Bezugspersonen, dass dieser Zustand durch die Schaffung von Übergangswohn- und -pflegeplätze in der Stadt Winterthur so schnell wie möglich entschärft wird. Darum sollte der Stadtrat bereit sein, diese Massnahme in der Umsetzung des Alterskonzeptes 2010 prioritär zu behandeln.